

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Bolivien**

**Quartal/Jahr: III-IV/2012**

## SCHLAGZEILEN

- 1. Steuer auf amerikanischen Dollar**
- 2. USA lehnen Auslieferung von Gonzalo Sánchez de Lozada ab**
- 3. Regierung grenzt die Mine Colquiri ab und löst damit den Konflikt**
- 4. Volkszählung 2012**
- 5. Befragung zum TIPNIS**
- 6. Ausgabe von bolivianischen Staatsanleihen markiert eine neue Ära für das Land**

### **1. Steuer auf amerikanischen Dollar**

Die bolivianische Regierung hat im Zuge eines Gesetzesentwurfes zum Gesamthaushaltsplan die Erhebung einer neuen Steuer (0,7%) auf den Verkauf der amerikanischen Währung beschlossen (Impuesto a la Venta de la Moneda Extranjera, IVME). Das bedeutet, dass auf 1.000 US\$, die beispielsweise eine Bank verkauft, 7 US\$ (48,72 Bolivianos) Steuern anfallen. Die Steuer versucht in erster Linie die nationale Währung, den Boliviano, zu stärken. Wirtschafts- und Finanzminister Luis Arce Catacora erklärte hingegen, dass dies vornehmlich eine Maßnahme sei, um die Einnahmen des Staates besser umzuverteilen. Die erzielten Gewinne der Geldinstitute durch den Verkauf von ausländischen Währungen beliefen sich im Jahr 2011 auf 575 Millionen Bolivianos (ca. 82,7 Millionen US\$).

Die sogenannte „Dollarsteuer“ hat unter den Geldinstituten und Wechselstuben für einigen Aufruhr und große Unzufriedenheit gesorgt. Angesichts der Besorgnis des Präsidenten des Verbandes der Wechselstuben in La Paz, Ernesto del Barco, beantragte die Planungskommission der Abgeordnetenkammer für Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Last für die Wechselstuben etwas zu reduzieren (nur 0,345% Steuern).

Laut Aussagen von Minister Luis Arce Catacora kalkuliert der Staat durch die neue Dollarsteuer ca. 20 Millionen US\$ von den Geldinstituten einzutreiben. Die Regierung versicherte, dass diese Belastung weder Verbraucher noch Exporteure treffe.

Ähnliche Maßnahmen wurden bereits in anderen südamerikanischen Ländern, wie etwa Venezuela oder Argentinien, durchgeführt. Ziel ist, auch dort die eigene Währung zu stärken, die Abhängigkeit vom Dollar zu verringern und der nationalen Wirtschaft die US-amerikanische Währung zu entziehen.

## 2. USA lehnen Auslieferung von Gonzalo Sánchez de Lozada ab

Seit 2003 ist der Expräsident Boliviens, Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR, Movimiento Nacionalista Revolucionario), auf der Flucht vor der bolivianischen Justiz. Er wird beschuldigt, Hauptverantwortlicher für das Massaker „Guerra del gas“ (Gaskrieg) zu sein, bei dem mehr als 60 Zivilisten ums Leben kamen. Der Gaskrieg hat seinen Namen den Konflikten in Zusammenhang mit dem Export von bolivianischem Naturgas in die USA und nach Mexiko im Oktober 2003 zu verdanken.

Die wichtigsten Forderungen der Gegner im Gaskrieg waren die sofortige Einstellung des Gasexports bis zur Sicherstellung der Gasversorgung der eigenen Bevölkerung sowie einer Erhöhung der ihrer Ansicht nach zu geringen Exportpreise. Eine weitere Forderung war die Gründung einer verfassungsgebenden Versammlung, welche im Jahr 2009 mit der neuen Verfassung erfüllt wurde.

Nach Ende des Gaskriegs haben die Opfer sowie Abgeordnete des Movimiento Al Socialismo (MAS) eine Anklageschrift eingereicht, um alle involvierten Regierungsautoritäten und Militärs zu verurteilen.

So wurde auch 2008 ein Antrag auf Auslieferung von Sánchez de Lozada beim amerikanischen Justizministerium gestellt. In Bolivien soll der Expräsident in einem Prozess für das Massaker vom Oktober 2003 zur Verantwortung gezogen werden. Die USA lehnen jedoch bis heute eine Auslieferung ab. Präsident Evo Morales bedauerte die Entscheidung des nordamerikanischen Landes. Er appellierte darüber hinaus an die Administration des amerikanischen Präsidenten Obama, die Völkermörder aus dem Land auszuweisen und bat um Kohärenz mit seiner Rede zur Verteidigung der Menschenrechte. Das amerikanische Staatsministerium kündigte an, dass es das Auslieferungsgesuch überprüfen werde, sobald Bolivien ausreichend Beweismittel für seine Anklage gesammelt habe. Daraufhin beschloss die bolivianische Regierung eine juristische Strategie auszuarbeiten, um auf die Auslieferung von Sánchez de Lozada zu bestehen.

Vor kurzem hatten die USA und Bolivien eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, welche die Tür zur Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen öffnet. Diese beinhaltet unter anderem einen Paragraphen, der Bezug auf die Kooperation in Rechtsfragen nimmt. Die bolivianische Regierung möchte dieses Abkommen benutzen, um nicht nur die Auslieferung von Sánchez de Lozada, sondern auch die seiner Minister, welche sich momentan noch in den USA aufhalten, voranzutreiben. Bis jetzt wurden in Bolivien nur die Militärschefs und einige Minister Sánchez de Lozadas für das Massaker verurteilt.

## 3. Regierung grenzt die Mine Colquiri ab und löst damit den Konflikt

Ungenauigkeiten in einem Abkommen über die Aufteilung der Mine Colquiri (Provinz La Paz) belebten die Konflikte zwischen den zwei rivalisierenden Bergarbeitergruppen (einerseits staatlich beschäftigte und andererseits unabhängige Bergleute, die in Kooperativen zusammengeschlossen sind) aufs Neue.

Die staatlich beschäftigten Bergleute beschuldigten die Genossenschaftler, die Übereinkunft zu missachten und in Gebieten, welche ihnen zustünden, Erze



abzubauen. Die Genossenschaftler forderten ihrerseits den Erlass eines weiteren Dekrets, welches das Gebiet der Mine genau festlegt. Als keine Einigung zwischen den beiden Parteien zustande kam, begab sich ein Teil der Genossenschaftler auf den Weg nach La Paz, um dort zu protestieren, während ein anderer Teil die Autobahn zwischen La Paz und Oruro blockierte. Die staatlichen Minenarbeiter behielten sich ihrerseits eigene Protestmaßnahmen vor. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als es am Morgen des 10. August zu einem gewalttätigen Zusammenstoß zwischen Genossenschaftlern und den staatlichen Arbeitern in Colquiri kam, bei dem zwei Personen verletzt und elf weitere festgenommen wurden.

Um ihre Interessen zu verteidigen, erklärten beide Konfliktparteien ihre Zwistigkeiten bis zum Beginn der Verhandlungen mit Präsident Evo Morales ruhen zu lassen. Im September wurde La Paz jedoch erneut Schauplatz von blutigen Unruhen und Auseinandersetzungen der beiden Parteien, bei denen es zu mehreren Verletzten und einem Toten kam.

Am 30. September wurde der fünf Monate andauernde Konflikt in einer Kooperationsvereinbarung beigelegt. Diese sieht vor, dass ein Gesetzesentwurf entstehen soll, der dem Bergbausektor Rechtssicherheit gibt. Genossenschaftler und staatlich beschäftigte Bergleute kamen schließlich darin überein, die Mine Colquiri zu gleichen Teilen auszubeuten. Vor der Vereinbarung hatten Führungskräfte beider Seiten auf einer Karte teilende Linien skizziert, damit jeder Sektor einen Zugang zu der Mine habe.

Der Bergbau in Bolivien ist einer der drei wichtigsten Wirtschaftsaktivitäten des Landes. Zink, Zinn, Baryt und Silber sind die Hauptexporte des bolivianischen Bergbaus. Dadurch befindet sich Bolivien unter den zehn größten Produzenten dieser Rohstoffe weltweit.

#### **4. Volkszählung 2012**

Das nationale Statistikamt führte am 21. November, wie alle 10 Jahre, eine Volkszählung durch. Mit den gewonnenen Informationen wird der aktuelle Haushalt für nationale und subnationale staatliche Institutionen angepasst.

Die Planungs- und Entwicklungsministerin Viviana Caro erklärte, dass das Einwohnerregister von großer Bedeutung für Bolivien sei, da dieses eine Orientierungshilfe für die öffentliche Politik darstelle und so eine bessere Umverteilung der öffentlichen Gelder ermögliche. Diese Umverteilung der Einnahmen würde zudem die Verantwortung und Kompetenzen der Gemeinden und Regierungen verbessern, da momentan noch mit Zahlen von vor zehn Jahren gearbeitet werde, so die Ministerin. Der Zuteilungsschlüssel richtet sich dabei nach der Anzahl der Einwohner pro Staat, Region und Provinz.

Mit den Ergebnissen der Volkszählung werden zudem die Entwicklungspläne für die Gemeinden und Regierungen neu formuliert.

Die Regierung präsentierte einige Wochen vor dem Zensus das Volkszählungsformular mit 49 Fragen. Der Fragebogen beinhaltet u. A. Fragen nach der geographischen Lage, Merkmalen des Wohnsitzes, Migration, Sterberate, Behinderungen und sonstigen Eigenschaften der Personen. Beispielsweise wird bei den Merkmalen des Wohnsitzes gefragt, um welche Art von Haus es sich handelt, welches Baumaterial verwendet

wurde, ob eine Grundversorgung vorhanden ist, wie viele Zimmer das Haus hat oder welche Formen der Müllbeseitigung es gibt.

Das Ministerium für Planung und Entwicklung erklärte, man wolle mit den Daten den Migrationsfluss der Familien analysieren und Erkenntnisse über die Haushaltsführung, den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Erziehung, Bildung, Beruf sowie über die Zugehörigkeit zu einer indigenen Volksgruppe gewinnen. In Bezug auf die letzte Kategorie gab es allerdings eine landesweite Debatte, da in diesem Zensus der Begriff „Mestize“ nicht mehr vorkommt. Die Ministerin ließ verlauten, dass das Wort Mestize eine Mischung von Rassen bedeute und das Ministerium nicht nach Rassenkriterien sondern lediglich nach der Zugehörigkeit zu einer Kultur suche. Die Opposition schlug hingegen vor, die Optionen „andere“ oder „keines“ für die indigene Zugehörigkeit einzufügen, sofern die Kategorie „Mestize“ nicht wählbar sei.

Der Direktor des nationalen Statistikinstituts erklärte nach der Volkszählung, dass sowohl die Weltbank, welche das Projekt mit über 50 Millionen Dollar finanzierte, als auch die internationalen Inspektoren aus Mexiko, Peru und Ecuador den Ablauf Volkszählungsprozesses als „hervorragend“ einstufen. So wurde die Bevölkerung bis in die ländlichen Gebiete erreicht und auch die anfänglichen Probleme der Materialausstattung sowie die innerstaatlichen Grenzkonflikte konnten bis zum 21. November gelöst werden.

Die Endergebnisse der Volkszählung werden wahrscheinlich erst zwischen Juni und August 2013 vorliegen.

## 5. Befragung zum TIPNIS

In Folge des neunten Indigenenmarsches nach La Paz, bei dem die Regierung nicht mit den indigenen Vertretern verhandelte und auf Grund der Weigerung das Gesetz 222 (Gesetz zur Befragung der indigenen Völker des Nationalparks ISIBORO SÉCURE – TIPNIS über den Bau der Straße von Villa Tunari nach San Ignacio de Moxos) außer Kraft zu setzen, kehrten die Indigenen in ihre Gemeinden zurück, um von dort aus den TIPNIS zu verteidigen. Bei dem Konflikt geht es um die Entscheidung der Regierung, eine Schnellstraße durch das Kerngebiet des Nationalparks zu bauen (für mehr Information siehe Quartalsbericht III und IV 2011, I und II 2012 sowie Sonderbericht: [www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/111007\\_Boliven\\_SB.pdf](http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/111007_Boliven_SB.pdf)).

In dieser neuen Etappe des Konfliktes fand seit dem 29. Juli eine Befragung zu diesem Thema in den 69 im TIPNIS ansässigen Gemeinden statt. Die Regierung verkündete während der Befragung, dass bereits acht der neun befragten Gemeinden dem Bau der Straße zugestimmt hätten. Währenddessen signalisierten Indigenenführer, dass mindestens 13 Gemeinden der Befragung friedlichen Widerstand leisten würden und den Befragungskomitees den Zutritt verwehren wollten. Am 13. August teilte die Regierung mit, dass Indigene einem Ombudsmann sowie der zur Befragung beauftragten Gruppe den Zutritt verwehrt hätten. Einige Tage später verkündete die Kommunikationsministerin Amanda Dávila, dass Einwohner der Gemeinde Santa Clara zwei Journalisten des staatlichen Fernsehsenders als Geiseln genommen hätten. Die Ankündigung des Präsidenten Morales, 800 Soldaten in die Konfliktzone zu schicken, bewerteten die Indigenen als Militarisierung des TIPNIS unter dem Vorwand, die Umwelt schützen zu wollen.



Währenddessen bekräftigten die UN-Botschafterin in Bolivien, Yoriko Yasukawa, und der Vertreter der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), Eduardo Reina García, dass man einen Dialog zwischen der Regierung und den Indigenen finden müsse, um einen Konsens einerseits zwischen der „Unberührbarkeit“ des Nationalparks und andererseits dem Straßenbau durch diesen zu erzielen.

Vor wenigen Wochen ging nun die Befragung zu Ende. Das offizielle Endergebnis lautet, dass 80% der befragten Gemeinden den Bau der Straße durch den Nationalpark befürworten und 82% die Unantastbarkeit des Gebietes ablehnen.

Der indigene Repräsentant des TIPNIS, Fernando Vargas, kritisierte, dass der Befragungsprozess irregulär von statten gegangen wäre und den Gemeinden die Implikationen der Straße nicht im Detail erklärt, sondern fast ausschließlich auf die positiven Auswirkungen hingewiesen wurden.

## **6. Ausgabe von bolivianischen Staatsanleihen markiert eine neue Ära für das Land**

Am 22. Oktober hat Bolivien zum ersten Mal in seiner Geschichte Staatsanleihen ausgegeben. Laut dem bolivianischen Wirtschaftsministerium war der Börsengang ein voller Erfolg. Der Zinssatz lag bei Eröffnung bei 4,8% und damit höher als in anderen Ländern Lateinamerikas mit hohen Investitionsraten, wie beispielsweise Uruguay (4,1%). Die Nachfrage nach den Staatsanleihen war über achtmal höher als die Menge der von der Regierung emittierten Papiere. Bolivien versucht mit diesem Instrument Investoren und damit Geld ins Land zu locken, um neue Großprojekte zu finanzieren.

### **Philipp Fleischhauer**

#### **Der Autor ist Vertreter der Hanns-Seidel-Stiftung in La Paz, Bolivien.**

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Claudia Vargas.

#### IMPRESSUM

Erstellt: 02.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2013

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)